

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 68 (1988)
Heft: 9

Artikel: Viertraumland Mitteleuropa
Autor: Bondy, François
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164582>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

François Bondy

Viertraumland Mitteleuropa

Eine der zahlreichen Begegnungen im Zeichen der «Idee Mitteleuropa» fand am 16. Januar 1988 im Festsaal der alten Universität in Wien statt. Sie ging aus vom «Collegium Mitteleuropa», von der «Gesellschaft für politische Aufklärung» der Stadt Wien, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, dem «Collegium Hungaricum». Der Schweizer Botschafter nahm teil. Kein Tscheche oder Slowake aus der Heimat, aus dem Exil, war dabei. Gesprochen wurde in jener Wiener Begegnung von einem «plurinationalen, plurikulturellen demokratischen Mitteleuropa». Dessen Verschwinden wurde beklagt.

Hat es dieses Mitteleuropa gegeben? Die Österreicher denken an das Habsburger Reich — von Robert Musil «Kakanien», von Fritz Herzenovský-Orlando «Tarockanien» genannt; die nunmehr weithin offenen Grenzen zwischen Österreich und Ungarn dürfen als gutes Vorzeichen, wenn nicht als ein Anfang gelten. Zu diesem «Ostmitteleuropa» gehören die beiden deutschen Staaten offenbar nicht. Hat doch die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR «die Breite eines Stacheldrahtes».

Der Unterschied zwischen nördlich und südlich, deutschen und österreichischen Gegebenheiten wurde in einem Wiener Vierer-Gespräch von 1985 deutlich, das zwischen dem damaligen österreichischen Bundeskanzler Fred Sinowatz, dem ungarischen Erziehungsminister Bela Köpeczi, dem Kulturminister der DDR, Hans-Joachim Hoffmann, und dem damaligen Geschäftsführer der SPD, Peter Glotz, stattfand. Ein Teil dieses Gesprächs erschien mit einem Vorwort von Willy Brandt unter dem Titel «Ein Schritt für Europa, Dialog der Gegensätze» (Wien 1985).

Nichts entsprach auf deutscher Seite den Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn. Die, sagte Sinowatz, seien eher besser als unter der gemeinsamen Monarchie: «Es gibt eine Zusammenarbeit, die schon gegen unsere eigene Verfassung verstösst. Unsere Bundesländer, die eigentlich keine Aussenpolitik betreiben dürfen, haben selbständige Beziehungen mit Komitaten in Ungarn entwickelt.»

Minister Köpeczi erklärte, Toleranz für eine Vielfalt von Auffassungen europäischer Kultur sei unabdingbar. Für neue ungarische Wahlvorgänge brauchte er den Ausdruck «Mikrodemokratie» — als sei dieses Kleine eine Steigerung von «Volksdemokratie». Peter Glotz wies auf die Emigration aus Osteuropa hin, die hier das Bewusstsein der Europäer mitprägte. «Auch das ist ein Teil Europas.» Das mag in besonderem Mass für Frankreich gelten, wo mehr Emigranten aus diesem zweiten Europa leben und

wirken als hier. Vielleicht finden diese Emigranten in der Bundesrepublik Deutschland im geistigen und politischen Gespräch weniger Aufmerksamkeit als in einer kosmopolitischen Metropole, wie Paris, London und New York es sind. Was immer die Gründe sind, Milan Kundera ist in Frankreich, Leszek Kolakowski in England gegenwärtiger als entsprechende Zugewanderte in der Bundesrepublik Deutschland.

Zum Traum Mitteleuropa gehören auch Albträume: Da sind die nach 1933 aus Deutschland und 1938 aus Österreich Geflohenen, von denen auch unter den Bedeutendsten wenige zurückgeholt wurden — Österreich hat hier besonders viel mit Fleiss versäumt —, und die vernichteten Juden, über deren grossen Anteil an mitteleuropäischer Kreativität Milan Kundera geschrieben hat. Kann aber behauptet werden, dass Juden insgesamt mehr übernational, «mitteleuropäisch» waren als andere Intellektuelle? Von der Besonderheit der Verfolgung darf nicht vorschnell auf eine Besonderheit der Geistesart geschlossen werden. Die ungarischen Juden waren ebenso patriotisch, auch nationalistisch wie die deutschen.

Dass die «Idee Mitteleuropa» rückwärtsgewandt ist, spricht nicht gegen ihre Zukunftsträchtigkeit — schon manche Revolutionen haben sich als Restaurierungen verstanden; doch ist zu erwägen und zu beklagen, was alles endgültig fehlt.

*

Für Polen, Ungarn und andere ist Mitteleuropa die Aufhebung des schmerzlich empfundenen Gegensatzes: kulturell im Westen, politisch im Osten zu sein — das eine selbstverständlich, das andere erzwungen. In deutschen Mitteleuropa-Vorstellungen von links wie von rechts geht es umgekehrt um Distanz zum Westen, insbesondere zu den Vereinigten Staaten.

Würden die Ostmitteleuropäer, wenn sie sich wie die Mitglieder der EG für Zusammenschlüsse entschliessen dürften — also genügend Souveränität hätten, um sie in ein höheres Ganzes einzubringen —, einander diesmal besser verstehen, als sie es nach dem Zusammenbruch des Habsburger Reiches taten? Die kleine Entente — aus dem Sieg der Alliierten als Mitlegerstaaten geboren — war zu keinem Ansatz von Gemeinschaft bereit und fähig. Nationalstaaten zu sein, war ihr historisch verstehbares und schliessliches Bestreben. Nicht einmal zu einer wechselseitigen Bevorzugung durch Zollsenkungen, wie André Tardieu sie vorschlug, waren sie bereit — geschweige, dass sie in Österreich und Ungarn mögliche Partner gesehen hätten.

Gescheiterte Pläne

In Washington waren 1918 Vertreter tschechischer, slowakischer, polnischer, litauischer, ruthenischer, jugoslawischer Organisationen zusammen-

gekommen, um eine «Demokratische Union Mitteleuropas» zu gründen. Zwei künftige Staatspräsidenten, Masaryk und Paderewski, nahmen an der Begegnung teil. Doch schnell kam es zum Zwist um die Bestimmung der Grenzen (vgl. J. Dienstbier in «Littérature internationale», Paris, Sommer 1987). Dienstbier erinnert, dass auch während des Zweiten Weltkriegs, als europäische Exilregierungen ihren Sitz in London hatten, Pläne künftiger Föderierung geschmiedet wurden. Milan Hodža, der frühere Präsident des tschechoslowakischen Rats, entwarf ein Projekt, das Polen, die Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Griechenland einbezog. Hundert Millionen Menschen sollten zwischen Deutschland und Russland eine Macht bilden, die dem Druck der Grossen widerstehen könnte. Noch ein bald ausgeträumter Traum ...

Peter Bender vertritt in seinem kontroversen und einflussreichen Buch «Das Ende des ideologischen Zeitalters» (Berlin 1981), das eine «Europäisierung Europas» empfiehlt, die Ansicht, dass die Grossmächte dazu neigen, verrückt zu spielen, und Weisheit bei den Kleinen zu finden sei. Der Ingenieur Milan Šimečka — er lebt in Bratislava als Arbeiter, sein Buch über die Schwäche des tschechischen Widerstands nach 1968 ist bisher nur ins Französische übersetzt worden — stellt diese These, ohne sich auf Benders Buch zu beziehen, in Frage: «Die Welt besteht nicht aus dummen Grossmächten, die alles können, und kleinen klugen Nationen, die nichts tun können.» Die Tragödie Mitteleuropas habe ohne östliches Zutun begonnen. Šimečka widersprach damit seinem in Frankreich eingebürgerten Landsmann Milan Kundera, der alle Schuld für die mitteleuropäische Misere dem uneuropäischen Russland und der westlichen Gleichgültigkeit zuschreibt. «Unsere eigenen Leute, Mitteleuropäer, haben mit unserer Kultur kurzen Prozess gemacht in der Hoffnung auf höhere Positionen und Gehälter» (Svedecki Nr. 74, Paris 1985). Schon seit einigen Jahrzehnten sei die Geschichte der Tschechoslowakei «ziemlich uneuropäisch». War sie, fragt Šimečka, «vielleicht gerade deshalb ein Reflex durchaus europäischer Probleme»?

Mehrmals hat Theodor Schieder auf den zu engen Ansatz der nationalen Geschichtsschreibung und auf ihre seiner Meinung nach unheilvolle Wirkung hingewiesen (vgl. Historische Zeitschrift 184, 1957). Im Protokoll der Tagung der Herdergesellschaft über «Geschichtsbewusstsein in Mitteleuropa» (Hrsg. Eugen Lemberg, Marburg an der Lahn 1961) ist Schieders Feststellung zu lesen, wonach jedes nationale Geschichtsdenken seine Denkmodelle immer wieder aus dem gleichen Erfahrungshorizont beziehe. Im Habsburger Reich seien es gerade die Deutschen gewesen, die überwiegend national dachten. «Die Deutschen in Österreich sind der Aufgabe, ein übernationales Reich auf dauerhafte Fundamente zu stellen, nicht Herr geworden. Sie hielten entweder ihre Führungsstellung, einen

rocher de bronze, fest, oder sie orientierten sich am Nationalstaat, der dadurch von aussen her ständig an seine Unvollkommenheit gemahnt wurde.»

Als die Donaumonarchie zusammenbrach, suchten die Völker ein neues Dach, auch die Länder Deutschösterreichs. Der Vorarlberg wollte zur Schweiz, das Tirol zu Bayern. Österreich selber suchte den Anschluss an Deutschland, der ihm von den Siegern verboten wurde.

Einst, so sagen viele, sei Mitteleuropa gewesen. Warum soll es ein solches nicht mehr geben? Angesichts des rivalisierenden Aufstiegs von Nationen und Nationalitäten — z.B. Slawen gegen Italiener in Triest — stellt sich allerdings die Frage: Rückkehr zu was? Wer Darstellungen des Untergangs der Doppelmonarchie liest — etwa Band III, erster Teilband, des von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch herausgegebenen Sammelwerkes «Die Habsburger Monarchie 1848—1919» (Wien 1987) oder Leo Valiani «La dissoluzione dell’Austria Ungheria» (Mailand 1966, auch ins Deutsche übersetzt) —, findet die k.u.k. Monarchie in ihren letzten Jahren auf Zerfall angelegt.

Ein Reich, das einen Metternich hatte, vertraute das Ressort der Ausenpolitik einem Grafen Berchtold an, der ein ahnungsloser Dilettant war und aus einer entgegenkommenden Antwort Serbiens auf das Wiener Ultimatum einen Kriegsgrund machte. Die Wiener und Budapester politische Führungsschicht war Produkt einer negativen Auslese. Die Selbstzerstörung war im Zentrum angelegt — vor dem «Abfall» der Tschechen. Der gehörte zu den Folgen, nicht zu den Ursachen.

Warum waren Österreichs grossdeutsche Historiker einflussreicher als die «Schwarzgelben»? Im Metternichschen System werden liberale und nationale Strömungen gleichzeitig unterdrückt, was sie verband. Doch überwog von vornherein das Grossdeutsch-Nationale. Georg von Schönerer, der Deutschböhme, war ein Verächter des Liberalismus. Er gab 1878 die Parole «Los von Wien» aus und rief am 7. November 1906: «Heil den deutschen Hohenzollern, Heil!» Auch Victor Adler, der sich später vom Deutschnationalen zum Sozialdemokraten entwickelte — nicht zuletzt, weil die Grossdeutschen Antisemiten waren — warnte, als er noch Schönerer nahestand, vor «schwarzgelbem Patriotismus».

Deutsches Mitteleuropa im Zwielicht

Das Habsburger Reich war ein nach Südosten expandierendes Mitteleuropa gewesen. Von Deutschland her gesehen war Mitteleuropa etwas anderes — und es ist es noch.

«Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa» (Berlin 1986) ist der Titel eines schmalen Bändchens, dessen Autor Karl Schlögel über den nicht hinzunehmenden Verlust schreibt und den archimedischen Punkt geortet hat, von dem aus «die Ostwestkomplizität der gegenseitigen Abgrenzung» und die östliche Überlagerung und Zerstörung des Mitteleuropäischen aus den Angeln gehoben werden könnte. Es gehe darum, die Alleinherrschaft des Ost-West-Denkens in unserem Kopf zu stürzen, um mit einem Ruck den ganzen Raum zu verschieben, «wenn wir einsähen, dass der mitteleuropäische Gedanke in Ostmitteleuropa virulent geworden ist» ... «Es komme darauf an, in Farben, Tönen, Geräuschen zu denken, nicht in Systemen.»

Schlögel geht in seinem Glauben an ein Mitteleuropa «mit starken Impulsen zur Umbildung in West und Ost» und «in der Lage, damit fertig zu werden, was die Supernationalstaaten der westlichen und östlichen Hemisphäre an ungelösten Problemen und an Sprengstoff angehäuft haben», noch weiter als György Konrad in «Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen». Allerdings ist Schlögel schlecht informiert, wenn er beklagt, dass das literarische Osteuropa ein «weisser Fleck» auf der europäischen Landkarte sei. Das mag für die baltischen Republiken gelten, nicht aber für die Kenntnis der Autoren der DDR, Ungarns, Polens und anderen. Die sind uns gegenwärtiger als — mit wenigen Ausnahmen — die skandinavischen Autoren; die Beachtung holländischer Erzähler ist sehr jungen Datums. Schlögel schreibt, Czeslaw Milosz sei «aus Berkeley über Stockholm zu uns» gekommen. Der polnische Dichter und Essayist wurde zuerst in Paris bekannt, dann seine Werke in Köln verlegt — Karl Jaspers schrieb die Vorrede zu seinem Buch über den «Geist in Gefangenschaft». Das war ein gutes Vierteljahrhundert vor dem Nobelpreis. Nach dieser Ehrung trat Milosz ein zweites Mal ins deutsche Bewusstsein. Doch zeitweiliges Vergessen widerfährt Schriftstellern jeglicher Herkunft, nicht nur Osteuropäern.

Verbindet sich die deutsche Wiederentdeckung eines Mitteleuropa notwendig mit Distanzierung vom «Westen»? Karl Schlögel tadelt: «Wir denken transatlantisch, wir nehmen die Halbierung des Spektrums unserer Nachbarschaften und ihres Wissens über uns in Kauf. Wir leisten es uns, uns nur die halbierte, vielleicht auch nur die halbe Wahrheit sagen zu lassen.» Das mochte für das Jahrzehnt nach Kriegsende gelten — für die Gegenwart nicht mehr.

1964 — als es noch nicht Mode war — hat Richard Löwenthal den spezifisch mitteleuropäischen Charakter Deutschlands hervorgehoben (im Magazin der «New York Times»). Er begrüßte die Zeichen des Wiedererwachens des deutschen Interesses an Mittel- und Osteuropa. Doch sei — warnte er — die Wahrnehmung des nach dem Krieg zunächst verdrängten

mitteleuropäischen Charakters nicht als Entfremdung Deutschlands von den gemeinsamen Werten der westlichen Zivilisation zu verstehen. Viel später, 1984, warnte der Politologe — und mochte damit auf eine Strömung in der Sozialdemokratischen Partei, der er angehört, anspielen —, es gebe keine Zwischenkultur, keine deutsche Sondermission.

Bei manchen deutschen Autoren dient das Wort «Mitteleuropa» dazu, den Unterschied zwischen Demokratien und diktatorischen Einparteistaaten wegzubaubern. Dafür zeugt das freilich als Symptom erwähnenswerte Buch «Neutralität für Mitteleuropa. Das Ende der Blöcke» von Jochen Löser und Ulrike Schilling (München 1984). Die mitteleuropäischen Staaten des westlichen und des östlichen Systems werden aufgerufen, sich zu konföderieren. Die Sowjetunion solle ihrerseits nach Teilung durch Schaffung eines zweiten Staates östlich vom Ural als Teil Europas anerkannt werden.

Gewichtigere Veröffentlichungen haben mit dem Buch, das diese sonderbare These vertritt, gemein, dass sie sich bemühen, die Führungsschicht der Sowjetunion von ihrem eigentlichen Interesse zu überzeugen. Das aber liege in der Aufhebung der deutschen Teilung.

So erklärt Wolfgang Seiffert in vielen Aufsätzen und im Buch «Das ganze Deutschland. Perspektiven der Wiedervereinigung» (München 1986) der Sowjetführung geduldig, welchen Nutzen sie aus einer deutschen Wiedervereinigung zöge. Den Föderalismus legt Seiffert ungewöhnlich aus. Die einzelnen Bundesländer seien befugt, Verträge mit Drittstaaten abzuschliessen. Seiffert verwechselt offenbar einen Bundesstaat mit einem lockeren Staatenbund.

Schuld an der deutschen Teilung sei der Westen, «weil die USA aus Furcht, Deutschland an die Sowjetunion zu verlieren, der Errichtung eines zum Westen gehörenden Teilstaates die Priorität vor gesamtdeutschen Lösungen einräumten» (S. 119). Dabei wurde im Satz zuvor zutreffend die Alternative genannt: Dominanz der Sowjetunion über das ganze Deutschland. Ein nach keiner Seite gebundenes, ganz mitteleuropäisches Deutschland würde der westlichen Wertgemeinschaft angehören und zugleich für den Osten keine Bedrohung mehr darstellen. Für die Sowjetunion sei es vorteilhaft, sich an der Wiederherstellung eines sich selbst bestimmenden Deutschland zu beteiligen.

Neuerdings gilt als wahrscheinlich, dass in Afghanistan nach mehr als acht Jahren Krieg zur Stützung eines von Moskau importierten kommunistischen Systems, Gorbatschow im Zeichen eines neuen Denkens dieses Regime fallen lassen kann. Da besteht allerdings noch Unklarheit, doch würde hier das Prinzip der Irreversibilität eines bestehenden kommunisti-

schen Regimes, das die bewaffneten Interventionen in Ungarn und in der Tschechoslowakei rechtfertigte, preisgegeben.

Lässt sich aber dieser Vorgang eines Verzichts auf den stärksten Verbündeten der Sowjetunion, auf die DDR, übertragen? Müsste die Preisgabe eines kommunistischen, die ganze Gesellschaft durchdringenden Systems nicht Unsicherheit im ganzen Ostblock verbreiten? Doch erscheint es für Seiffert — er ist ein Kenner und Kritiker dieses Systems — nicht notwendig zu folgern, dass sich dieses Regime aufgeben müsste. Unter Berufung auf Wolfgang Vernoehr wird eine Staatsform empfohlen, «die an der Eigenstaatlichkeit der DDR und der Bundesrepublik nicht rüttelt». Am besten würde diese Form deutscher Selbstbestimmung funktionieren, wenn der «dritte deutsche Staat» Österreich sich einer solchen Konföderation anschlosse. Will er das? Österreichs Intellektuelle mögen auf eine ostmitteleuropäische Gemeinschaft blicken, die Industriellen auf die EG. An eine Vereinigung dreier deutscher Staaten denkt keiner.

Zahlreiche deutsche Veröffentlichungen — nicht nach links oder rechts zu sortieren — treten für ein vereintes bündnisfreies Deutschland ein. Dass die DDR der stärkste Verbündete der Sowjetunion ist, wird als Argument weggewischt. Da es zu dieser Wiederherstellung ohne die Zustimmung der Sowjetunion nicht kommen kann, wird deren Führung beschworen, endlich ihre wahren Interessen zu erkennen. Dass die Lenker eines Staatswesens, das siebzig Jahre der Stürme und Krisen überstanden hat, von Deutschen über ihre Interessen belehrt werden müssen, ist eine gewagte Vermutung. Gemeinsam ist den deutschen Plänen dieser Art die Distanzierung von den westeuropäischen Partnern, von den Vereinigten Staaten. Darin sind die ideologischen Unterschiede zwischen den Autoren solcher Plädoyers denn doch geringer als die Ähnlichkeiten.

Die österreichischen Mitteleuropa-Denker sehen allerdings nicht das geeinte Deutschland, noch die beiden Deutschland, sondern Österreich als Modell: einen neutralen Kleinstaat mit andern neutralen Kleinstaaten.

Hier Distanz zum Westen, dort Distanz zum Osten, hier deutsche Wiedervereinigung, dort die einstige südöstliche Gemeinschaft samt Polen. Und die norditalienische Mitteleuropa-Nostalgie, die sich vor allem in Triest artikuliert, ist dem österreichischen Ausblick am nächsten.

Blick nach Westen

Die Europäer unter sowjetischer Vorherrschaft — ob sie sich im Zeichen der Reformen lockern wird, ahnt niemand — sehen Mitteleuropa als Brücke zum Westen und weder gegenüber dem Westen und dem Osten als

etwas Besonderes. Auch erkennen sie zwischen den beiden Supermächten keine Symmetrie des Protektorates — wie sie zum deutschen Mitteleuropadenken gehört. Sie fühlen sich als Teil der westlichen Kultur und nur durch das Unglück der Geographie politisch-strategisch als Teil des Ostens. Sie möchten sich neben der westlichen Kultur auch die Vorzüge der westlichen Wirtschaft zu eigen machen. In Polen, in Ungarn ist Marktwirtschaft — sogar unter dem Namen Kapitalismus — kein Schimpfwort. Polen hat starke Beziehungen zu den Vereinigten Staaten — auch ethnischer Natur. Die Osteuropäer wollen — westeuropäische Besucher, auch amerikanische Liberale stellen es mit Ärger fest — ein starkes Amerika. Die Parole: «Wir im Westen, ihr im Osten, wir alle sind gleichermassen unserer Vormünder müde», findet hier kein Echo.

Es gab nach 1945 Jahre, in denen weite Schichten in Westeuropa die Sowjetunion als Modell und Hoffnung sahen, während in Osteuropa der Westen alle Sehnsüchte verkörperte. Die Ausstrahlung Amerikas ist immer noch vorhanden, diejenige der Sowjetunion längst erloschen. Die Symmetrie der «beiden gefährlichen lästigen Übermächte» mag den Geist befriedigen; erfahren wird aber eine Asymmetrie.

*

Giselher Wirsing sprach 1932 von «Zwischeneuropa»; er wies auf das komplementäre Verhältnis zwischen deutscher Industrie und osteuropäischer Landwirtschaft hin, sah ausserdem in Mitteleuropa ein Bollwerk gegen westlichen Individualismus und russischen Sozialismus. Wirtschaftliche Notwendigkeit und eine geistig-politische Botschaft in einem Zwischeneuropa wäre etwas Höheres als die Staaten, zwischen die es sich schoben. («Zwischeneuropa und die Zukunft», Jena 1932). Den nichtdeutschen Völkern wurde im kooperativen System eine untergeordnete Stellung zugewiesen. Ebenso sah Moeller van den Bruck ein Mitteleuropa, das weder liberal noch sozialistisch wäre, sondern «solidarisch». In beiden Visionen ist Mitteleuropa ein geschlossener, den Einflüssen des internationalen Kapitalismus entzogener Raum und eine höhere Synthese.

Jacques Droz urteilt in seinem Standardwerk «L'Europe Centrale. Evolution historique de l'idée de «Mitteleuropa»» (Paris 1960), dass das Europa der Mitte geteilt bleiben werde zwischen liberalen Staaten im Rahmen eines europäischen Gefüges und Volksdemokratien, die ohne föderative Verbindung eine gewisse Arbeitsteilung und wirtschaftliche Zusammenarbeit praktizierten. Diese Faktoren und nicht pietätvolle Erinnerungen, schreibt Droz, bestimmen die Geschichte dieser Staaten.

Pierre Kende, der Ungarn nach den Ereignissen vom November 1956 verliess und in Paris als Ökonom und Politwissenschaftler lehrt, wies auf Aspekte des osteuropäischen Nationalismus hin; er unterscheidet dort

zwischen einem Volksnationalismus und einem Apparat-Nationalismus. Nie sei Osteuropa so balkanisiert gewesen wie seit 1945. Der einzige Versuch einer Föderation sei von Tito gekommen, den Stalin damals ohnehin verdächtigte. «Niemals haben osteuropäische politische Führungen daran gedacht, sich unabhängig von Moskau zu verbinden. Was die Völker betrifft — die kennen einander schlecht, kommunizieren nicht in einer gemeinsamen Kultur — es sei denn im offiziellen Marxismus-Leninismus. Jede von ihnen wähnt sich den anderen überlegen. Für den typischen Osteuropäer ist der Bürger des Nachbarstaates einer, der ihm die Geschäfte leerkaufte. Von diesem Chauvinismus der Schwachen hielten sich nur die kritischen Intellektuellen fern. Sie wissen, dass er auf dem Weg zu einer gemeinsamen Besinnung das Haupthindernis ist» (Schweizer Monatshefte, April 1988).

Jugoslawien ist ein Sonderfall — von Albanien mag hier abgesehen werden. Nach dem Übergang von Titos straffer Führung zur Halbanarchie von acht sich streitenden kommunistischen Parteien ist keine jugoslawische Zuwendung zu Mitteleuropa zu erwarten.

Die wirtschaftlich leistungsfähigste Republik Slowenien sieht sich als ein Stück Mitteleuropa. Für die Serben und andere gilt das nicht. Zwischen einem jugoslawischen Staatsgedanken und einem verstärkten Identitätsgefühl der einzelnen Völker ist in Jugoslawien wenig Raum für eine übergreifende mitteleuropäische Vision (vgl. Viktor Meier, Schweizer Monatshefte, Februar 1988).

In Osteuropa sind «kosmopolitische» Intellektuelle mit weitem Horizont und internationaler Erfahrung Träger eines mitteleuropäischen Konzepts. Aber nur sie. Von aussen gesehen möchte man meinen, die Verzettlung in Rivalitäten und ihre Folge sei eine schreckliche, aber nachhaltig wirkende Lehre gewesen. Die hätte zu neuer Solidarität führen müssen. Doch wie tief reicht diese Einsicht in die Völker?

Ausklammerung der Mitte

Zwar biete — schreibt Hugo Bütler («Mitteleuropa in Ostwest-Beziehungen», Analysen und Perspektiven, Zürich 1985) — die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit mindestens die Aussicht auf eine Verminderung der Spaltung Europas, doch habe sie wenig an substantieller Verbesserung der Verhältnisse in Mitteleuropa gebracht. Immerhin sei diese Konferenz die einzige Institution, die Fragen gemeinsamen europäischen Interesses aufs Tapet bringe. Dazu komme die «mitteleuropäische Friedenszone» als Lösung der Friedensbewegung und die Forderung der Grünen nach einer «atomwaffenfreien und blockunabhängigen Zone in Mitteleuropa.» Es ist der Versuch der Mitte, zur Peripherie der Spannungszone

zu werden — von der doppelten Verklammerung zur Ausklammerung zu gelangen.

Doch ist die unmittelbare Berührung an Grenzen der beiden Pakte und Systeme sowohl spannungsträchtig wie friedenssichernd gewesen — in Gegensatz zu Regionen, in denen die Sowjetunion und die USA einander nicht eindeutig gegenüberstehen. Hier kam es zu bewaffneten Konflikten, in denen die Grossmächte, die sich nicht auslöschen, nicht untätig bleiben. In Europa ist jeder Schritt über eine Grenze hinaus eine Kriegshandlung mit unabsehbaren Folgen. «Mitteleuropa» wäre eine «schummrige Zone», Eingriffe wären nicht mehr unmittelbar Signale. Die Neutralität der beiden Alpenrepubliken ist angesichts der Größenordnung der Bundesrepublik oder gar des konföderierten Deutschland nicht übertragbar. Eine mitteleuropäische neutralisierte Zone würde die Voraussetzungen eines Spannungsgebietes verändern, nicht den Umstand, dass sie ein solches bliebe.

Von Mitteleuropa ist oft einerseits als von einer Kulturgemeinschaft die Rede. Osteuropäische Autoren wie Radu Stern und Vladimir Tismeanu (Cadmos 4, Genf 1987) beurteilen das skeptisch — anderseits als von einer Sicherheitsgemeinschaft. Die erste Auffassung entspricht einer mutmasslichen Gegebenheit, die zweite einer Aufgabe. In der literarischen Konferenz, die die «Wheatland Foundation» und der Verleger Weidenfeld im Frühjahr 1988 in Lissabon zusammengerufen haben, betonten Ost-europäer ihre mitteleuropäische Eigenart und stiessen bei Russen von daheim und im Exil auf Unverständnis.

Doch ist die «Kulturgemeinschaft», auch wenn sie wenig Aktivierendes hat, einer Diskussion wert. Die Sicherheitsvision ist schwerer zu fassen.

Was die EG in Richtung auf eine Gemeinschaft von Europäern getan hat, betraf direkt nur die Wirtschaft. Es mag zutreffen, dass die wirtschaftliche Einheit stärker motiviert als die Kultur, doch führt auch sie nicht zur politischen Gemeinschaft. Weder Kultur, noch Wirtschaft, noch Sicherheit können ohne eine spezifisch politische Willensbildung, die zu neuen Institutionen führt, eine Gemeinschaft begründen, die Bestand hat.

Vier Hintergedanken

Ist der «Ostblock» ein «abstraktes Konzept» (Karl Schlögel)? Es ist wahr, dass er die Lebenswelt der einzelnen unterschiedlichen Länder und Regionen überdeckt. Doch der Einmarsch in Ungarn 1956, in die Tschechoslowakei 1968, hat diesen abstrakten Begriff konkretisiert — nachdem er längst in den Köpfen der Ungarn, der Tschechen und Slowaken abgebaut war.

Die vier Visionen sind zugleich vier Hintergedanken. Wie sollen sie komplementär zusammenwirken? Die Rehabilitierung einer verleumdeten Vergangenheit, der Antrieb, etwas Neues zu schaffen, das auf Fundamenten guter Tradition ruht, die Hoffnung, Stereotypen und Erstarrungen zu überwinden, verdienen Respekt, wecken Sympathie.

Wenn aber die Analyse des Kräfteverhältnisses wie der unterschiedlichen Voraussetzungen der «Wunschmitteleuropäer» den Weg nicht erkennen lässt, bleibt die Hoffnung auf ein sich strukturierendes, wesentlich westliches Europa, das Mittel- und Osteuropa in verschiedensten Formen miteinbezieht und in seinen Bemühungen um Selbständigkeit unterstützt, bei aller Skepsis immer noch realistischer als das Viertraumland, das keinen Boden findet. Das schmerzliche Bewusstsein des «zweiten Europa», in östliche Vormundschaft und ein vom Osten auferlegtes System eingepfercht zu sein, genügt nicht, um den Weg ins Freie zu finden. Ein sich erweiterndes Europa ist ein Ausblick; ein auf sich gestelltes Mitteleuropa kann auf kein «Sesam, öffne dich» hoffen. Es ist der Schatten, den eine Sehnsucht, aber kein Körper wirft.

Beiträge zu einer Bibliographie

- Dietrich Spangenberg, Hrsg.: *Die blockierte Vergangenheit. Nachdenken über Mitteleuropa*, Berlin. Dokumente eines Symposiums von Januar 1977 in Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Erhard Busek, Gerhard Wilflinger: *Aufbruch nach Mitteleuropa. Rekonstruktion eines versunkenen Kontinents*. Wien, ohne Datum, 1986 oder 1987.
- John Gunter: *Inside Europa today*, New York 1961. In diesem Bestseller nehmen Österreich und die Ostblock-«satelliten» zusammen von 360 Seiten 39 Seiten ein.
- «Europäische Rundschau» Wien, etliche Hefte 1984—1988.
- Timothy Garton Ash: *Gibt es Mitteleuropa wirklich?* Kontinent 2, 1988.
- «Cadmos», Genf, Quartalzeitschrift, fast in allen Heften 1983—1988, insbesondere *Présence de l'Europe Centrale*, Herbst/Winter 1983.
- Jacques Droz: «L'Europe Centrale». *Evolution historique de l'idée de Mitteleuropa*, Paris 1960.
- Henry Cord Meyer: *Mitteleuropa in German Thought and Action*, Den Haag 1955.
- J. Aulneau: *L'histoire de l'Europe centrale*, Paris 1926.
- Istvan Bibó: *Misère des petits Etats de l'Europe de l'Est*, Paris 1986.